

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung: Problemstellung, Leitfragen und Untersuchungskonzept	7
2.	Begriffsbestimmungen	16
2.1	Rechtskonservatismus als Brücke zwischen dem demokratischen Zentrum und dem Rechtsextremismus.	16
2.2	Nationalismus und völkisches Gedankengut.	18
2.3	Definitionen und weitere Erläuterungen.	20
2.4	(Rechts-)Populismus als Analysekonzept.	22
3.	Zur Vorgeschichte:Völkischer Nationalismus und internationale Kooperation in der frühen Nachkriegszeit	27
3.1	Europaideologie	28
3.2	Politische Praxis	32
4.	Die Modernisierung des Rechtsextremismus.	35
4.1	Zum sozioökonomischen und politischen Wandel.	36
4.2	Zum ideologisch-programmatischen Wandel	39
4.3	„Globalisierter“ Rechtsextremismus	45
5.	Vom Faschismus über den gemäßigten Rechtsextremismus zum Rechtskonservatismus. Exkurs zum italienischen Rechtsextremismus . . .	48
5.1	Die Italienische Sozialbewegung	49
5.2	Die Nationale Allianz	50
5.3	Die Liga	53
5.4	Fazit	55
6.	Die Bemühungen um eine einheitliche Euro-Rechte	57
6.1	Die Europawahlen 1979	57
6.2	Die Europawahlen 1984	59
6.3	Die Europawahlen 1989	59
6.4	Die Europawahlen 1994	61
6.5	Die Europawahlen 1999	62
6.6	Die Europawahlen 2004	64
6.7	Die Europawahlen 2009	66
6.8	Die Europawahlen 2014	69
6.9	Die Europawahlen 2019	74
6.10	Die Europawahlen 2024	79

7. Anatomie des Rechtstrends	92
7.1 Mandatszahlen und Mandatsanteile	92
7.2 Auswirkungen des Brexits	97
7.3 Ost-West-Vergleich	97
7.4 „Platzhirsche“ und „Eintagsfliegen“	100
7.5 Fraktionsbildung	105
7.6 Konsens und Dissens	112
7.7 Politische Einflussmöglichkeiten	114
8. Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse, Diskussion und einige Schlussfolgerungen	125
Anhang	135
Literatur	145
Abkürzungen für nationale und europäische Parteien und für Fraktionen im Europaparlament	156
Register (Parteien und Fraktionen)	162

1. Einleitung: Problemstellung, Leitfragen und Untersuchungskonzept

Wie bei den Wahlen zuvor wurde auch im Vorfeld der Europawahlen des Jahres 2024 über den Ausgang spekuliert: Zumeist wurde gemutmaßt, dass „ultrarechte“, „rechtspopulistische“, „autoritäre nationalradikale“, „europaskeptische“ bzw. „europafeindliche“ oder überhaupt rechtsgerichtete Parteien große Zugewinne machen und so viele Stimmen gewinnen werden wie nie zuvor. So konnte man beispielsweise auf der Internetseite der „Tagesschau“ folgenden Text lesen: „Bei den Wahlen zum EU-Parlament wird ein massives Erstarken rechter Parteien erwartet.“¹ Und das Nachrichtenportal „Euronews“ präsentierte sogar folgende Meldung:

„Laut einer neuen Studie [des European Council on Foreign Relations (ECFR)] könnte eine rechtspopulistische Koalition in diesem Jahr zum ersten Mal die Kontrolle über das Europäische Parlament übernehmen. (...) Der Anstieg der Rechtsextremen könnte es einer Koalition aus Christdemokraten, Konservativen und Rechtsextremen ermöglichen, eine Mehrheit zu bilden und zum ersten Mal die EU-Politik zu lenken, so die Studie.“²

So schlimm ist es glücklicherweise nicht gekommen. Dass der Einfluss der Parteien am rechten Rand seit den ersten Direktwahlen zum Europaparlament 1979 deutlich zugenommen hat, ist unstrittig (zusammenfassend Mudde 2020), dass sich dieser Trend bei den Wahlen 2024 fortsetzen würde, wurde allgemein angenommen. Der Lageanalyse von Halikiopoulou und Vlandas (2022: 5) ist im Großen und Ganzen zuzustimmen:

„Die rechtspopulistische Dynamik, die Europa seit Beginn der 2010er-Jahre erfasst, weist drei Merkmale auf: Erstens die erfolgreiche Wahlbeteiligung von Parteien, die die nationale Souveränität wiederherstellen und eine Politik umzusetzen wollen, die Einheimischen grundsätzlich Vorrang vor Einwanderern einräumt; zweitens die wachsende Verankerung dieser Parteien in ihrem jeweiligen politischen System durch den Zugang zu Ämtern; und drittens die zunehmende Fähigkeit, die politische Agenda anderer Parteien zu beeinflussen. Nach einer mäßigen und wechselhaften Entwicklung in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren führten die Finanzkrise 2008 und die Flüchtlingskrise 2015 zu einem Anstieg der Unterstützung rechtspopulistischer Parteien in ganz Europa. Diese Entwicklung vollzog sich auf Kosten des politischen Mainstreams: Während die Wahlergebnisse der rechtspopulistischen Parteien im

-
- 1 „EU wird mit stärkeren Rechten fertig werden müssen“, in: tagesschau.de v. 17.5.2024 (Zugriff: 17.5.2024).
 - 2 „Studie: Rechtspopulisten könnten erstmals Kontrolle über EU-Parlament erlangen“, in: euronews.com v. 24.1.2024 (Zugriff: 24.3.2024).

Laufe der Zeit stetig zunehmen, ging die Unterstützung für die etablierten Parteien von rechts und links zurück.“

Diese für die europäische Idee außerordentlich bedrohliche Entwicklung ist jedoch noch nie umfassend und systematisch über alle Wahlen hinweg untersucht worden. Das beginnt schon mit der im Schrifttum unterschiedlich beantworteten Frage, welche Parteien in den zuletzt 28 bzw. 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (hinfort: EU) Gegenstand der Betrachtung sein sollen³. Erst auf der Grundlage eines entsprechenden Parteienverzeichnisses lassen sich die Wahlergebnisse von Rechtsaußenparteien seit 1979 beziffern, analysieren und im Zeitverlauf beurteilen. Mit diesem Desiderat sind weitere Forschungsprobleme verbunden, die hier aber nur teilweise behandelt werden können. Die vorliegende Studie widmet sich drei Fragenkomplexen, die nun kurz dargestellt werden.

Um das genaue Ergebnis der Parteien am rechten politischen Rand bei den bislang zehn Europawahlen⁴ zu ermitteln, muss entschieden werden, welche der zuletzt etwa 300 Parteien, die sich an den Wahlen beteiligt haben dürften, in die Analyse einzubeziehen sind⁵. Da mir die häufig gebrauchte Kategorie Rechtspopulismus für die Vielfalt der Parteien am rechten Rand zu unbestimmt erscheint, erstrecken sich die folgenden Analysen auf drei Parteitypen: auf rechtskonservative Parteien, auf gemäßigt rechtsextreme Parteien und auf orthodox rechtsextreme Parteien. Im Text werden sie auch als rechte Randparteien oder als Rechtsaußenparteien bezeichnet. Und für die beiden rechtsextremen Parteitypen findet sich auch die Formulierung extreme Rechte.

Weiterhin ist vorab zu klären, wie Wahlergebnisse bzw. Wahlerfolge bei Europawahlen zu bestimmen sind. Normalerweise werden dafür die Stimmenanteile der Parteien herangezogen. Nun finden Europawahlen bekanntlich nicht in der EU, sondern in den Mitgliedsstaaten statt. Parteien bzw. ihre Kandidaten bewerben sich für Sitze im Europaparlament nicht in der EU, sondern in den einzelnen Ländern. Und jedes Land verfügt über ein eigenes Parteiensystem und ein eigenes Wahlrecht. Daher macht es auch keinen Sinn, das Ergebnis der einzelnen Parteien bezogen auf die in der EU insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen auszuweisen. Eine derartige Übersicht wäre auch recht unhandlich. Weiterhin ist zu beachten, dass den Mitgliedsstaaten durch den Europäischen Rat nach dem Prinzip der „degressiven Proportionalität“ eine bestimmte Anzahl von Parlamentsmandaten zugewiesen ist⁶. Große Staaten erhalten mehr Mandate als kleine Staaten, aber kleine Staaten erhalten mehr Mandate pro Einwohner als große Staaten. So bekam Deutschland 2019 etwa pro 867.000 Einwohner einen Abgeordneten, Litauen ungefähr einen pro 257.000 Einwohner. Der Alternative für Deutschland (AfD) fielen 2019 bei einem Stimmenanteil von 11,0 Prozent elf Mandate zu, die Dänische Volkspartei

3 Z.B. Backes/Moreau 2022: 61 ff.; Decker u.a. 2022: Einleitung.

4 Ohne Nachwahlen wegen des Beitritts weiterer Länder.

5 Im Europaparlament waren am 27.5.2024 207 Parteien vertreten (Chiesa 2024: 15).

6 Beispielsweise wurde die Anzahl der Abgeordneten nach dem Brexit von 751 auf 705 reduziert. Zu den Europawahlen 2024 wurde sie auf 720 heraufgesetzt.

(DF) bekam bei einem Stimmenanteil von 10,8 Prozent lediglich einen Sitz (zur Problematik: Müller 2018, 2024b). Maßgeblich für das Wahlergebnis auf EU-Ebene sind daher nicht die Stimmenanteile der Parteien in ihren Heimatstaaten, sondern die Anzahl der Mandate der einzelnen Parteien im Europaparlament. Die Analysen dieses Bandes beziehen sich daher mit wenigen Ausnahmen auf das Ergebnis der Europawahlen, nämlich auf die Mandatsverteilung.

Für die Ergebnisse von Rechtsaußenparteien bei Europawahlen stehen mithin (nur) diese Maßzahlen zur Verfügung:

Für das Wahlergebnis einer Partei oder einer Gruppe von Parteien⁷:

- die Anzahl der Mandate bei einer Wahl oder bei mehreren Wahlen,
- der Anteil der Mandate bei einer Wahl,
- die Anzahl erfolgreicher Wahlbeteiligungen.

Für die Effizienz⁸ einer Gruppe von Parteien:

- die Anzahl der insgesamt von einer Gruppe bei einer Wahl erreichten Mandate, geteilt durch die Anzahl der Gruppenmitglieder.

Für die Belastung der Parteiensysteme der EU-Mitgliedsstaaten mit Rechtsaußenparteien:

- die Anzahl der erfolgreichen Wahlbeteiligungen von Rechtsaußenparteien in den einzelnen Ländern.

Daraus ergibt sich der erste, eher auf statistische Angaben zum Bedrohungspotenzial gerichtete Fragenkomplex der Untersuchung. Auf jede einzelne Wahl beziehen sich folgende Fragen: Wie viele Rechtsaußenparteien insgesamt und aus welchen Ländern konnten, aufgeschlüsselt nach Parteitypen, Abgeordnete ins Europaparlament entsenden? Über wie viele Sitze verfügten diese Parlamentsparteien absolut und relativ? Welche Parteien bzw. Parteitypen waren dabei im Vergleich zu den Ergebnissen der vorangegangenen Wahl besonders erfolgreich? Dominierten mandatsstarke Parteien einen Parteityp oder sogar den rechten Rand insgesamt? Fanden diese Erfolge flächendeckend statt oder nur in einzelnen Ländern? Wie war die Binnenstruktur einer Gruppe von Parteien (eines Parteityps) beschaffen: eher breit gestreut oder auf wenige Parteien konzentriert? Wie stark war die Belastung der nationalen Parteiensysteme mit Rechtsaußenparteien? Und mit Blick auf die Vermutung der gerade erwähnten ECFR-Studie ist zu überprüfen, ob eine „rechts-populistische Koalition“ nach den Europawahlen 2024 tatsächlich die „Kontrolle über das Europäische Parlament“ übernehmen könnte.

7 Für die folgenden Analysen kommen hauptsächlich folgende Gruppen in Betracht: die einzelnen Parteitypen und die Rechtsaußenparteien insgesamt.

8 Effizienz meint hier die Mobilisierungsfähigkeit einer Gruppe von Parteien bei Wahlen: das Ergebnis (Anzahl der Mandate) bezogen auf den Einsatz (Anzahl der Parteien). Der „Effizienz-Quotient“ wächst, je geringer der Einsatz und je größer das Ergebnis einer Gruppe ist.

Für die Trendanalysen ist das Ergebnis jeder Wahl in Beziehung zu setzen mit den Ergebnissen der vorangegangenen Wahlen: Haben wir es im Zeitverlauf tatsächlich mit einem Rechtstrend auf europäischer Ebene zu tun? Wie stark ist dieser Rechtstrend? Verstärkte er sich im Zeitverlauf oder nahm er ab? Wer war für diesen Rechtstrend verantwortlich und aus welchen Gründen: die rechtsextremen Hardliner, der „Rechtsextremismus light“ oder die Rechtskonservativen? Oder alle gemeinsam? War dieser Rechtstrend eher das Werk einzelner starker Zugpferde oder vollzog er sich auf breiter Front? Weiterhin ist zu untersuchen, ob der Rechtstrend eher von osteuropäischen Parteien oder von westeuropäischen Parteien ausging. Besteht ein Ost-West-Gegensatz?

Der zweite Fragenkomplex bezieht sich auf die Ursachen des Rechtstrends, genauer: auf Erfolge und Misserfolge der Rechtsaußenparteien bei den Wahlen zum Europaparlament. Bei der Ursachenanalyse wird standardmäßig zwischen externen und internen Erfolgsbedingungen unterschieden. Als vorteilhaft für Rechtsparteien erweisen sich bekanntlich einschneidende ökonomisch-soziale und/oder politisch-kulturelle Veränderungen, Krisen oder Umbruchsituationen. Sie können dabei von der Entwurzelung und Verunsicherung, von der Unzufriedenheit und dem Protest besonders betroffener Bevölkerungsgruppen profitieren, die in derartigen Situationen ein überdurchschnittliches Bedürfnis nach Gemeinschaft, Orientierung und Schutz entwickeln und nationalistische und ethnozentrische Konzepte als angemessene Krisenlösung unterstützen. Zu den externen Erfolgsfaktoren zählen aber nicht nur die globalen, langfristig wirksamen sozioökonomischen Gegebenheiten, sondern auch die nationalen, zumeist kurzfristig wirksamen politischen Wettbewerbsbedingungen im Heimatland, denn dort finden die Wahlkämpfe und Wahlentscheidungen zum Europaparlament statt. Als wichtige interne Bedingung für Wahlerfolge gilt allgemein, dass das politische Angebot der Parteien mit der Nachfrage auf den Wählermärkten korrespondiert. Dabei geht es um ideologisch-programmatische und personelle Aspekte sowie um den Zustand und die Performanz der einzelnen Parteien.

Die hier durchzuführenden Untersuchungen können sich nur ausnahmsweise mit den nationalen Entwicklungen der einschlägigen Parteien befassen. An Wahlstudien für einzelne Mitgliedsstaaten der EU besteht auch kein wirklicher Mangel. Meine Analysen werden sich pauschal auf die Familie der Rechtsaußenparteien bzw. auf die einzelnen Parteitypen beziehen und vor allem der Frage nachgehen, ob sich ihre Existenz- und Erfolgsbedingungen ohne ihr Zutun infolge des tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels grundsätzlich verbessert haben oder ob sie sich diesem Wandel gezielt ideologisch-programmatisch und politisch-strategisch angepasst haben und dadurch massenhaft Anhänger mobilisieren konnten.

Der dritte Fragenkomplex behandelt demokratiethoretische und ideologisch-strategische Probleme. Es bedarf wohl keiner besonderen Begründung dafür, dass wir uns gerade auch über die zunehmenden Erfolge der Rechtsaußenparteien bei Europawahlen Sorgen machen müssen. Denn diese Parteien richten sich nicht nur mehr oder weniger heftig gegen die Demokratie im Allgemeinen, sondern auch ge-

gen die Idee und die Ziele der Europäischen Union und die Praxis der europäischen Einigung. Bei der Einigung Europas handelt es sich nämlich um ein der Aufklärung und dem Universalismus verpflichtetes Projekt, das den Nationalismus durch das friedliche Zusammenleben der Nationen in einer durch Menschenrechte, Demokratie und allgemeine Wohlfahrt geprägten Ordnung überwinden will. Dieses Projekt ist im Prinzip unvereinbar mit der am rechten Rand verfolgten Ideologie des ethnisch oder kulturell fundierten Nationalismus, die ihren politischen Niederschlag in einem möglichst autonomen und souveränen Nationalstaat findet.

Um die von diesen Parteien möglicherweise ausgehende Bedrohung einzuschätzen und um möglichst effektive Gegenmaßnahmen zu ergreifen, bedarf es nicht nur gesicherter Informationen über Ausmaß und Ursachen ihrer Erfolge im europäischen Institutionengefüge, sondern auch fundierter Kenntnisse über ihre europapolitischen Absichten und ihre Einflussmöglichkeiten. Da die an der Anzahl der erworbenen Mandate gemessenen Wahlerfolge der rechten Randparteien nicht notwendigerweise identisch sind mit ihrem tatsächlichen Einfluss, muss auch nach ihren Möglichkeiten gefragt werden, auf Entscheidungen im europäischen Institutionengefüge einzuwirken.

Im Rahmen dieser Studie ist es allerdings nicht möglich, Machtverhältnisse oder einzelne Entscheidungsprozesse systematisch zu analysieren. Um wenigstens die Einflussmöglichkeiten und damit auch das Stör- bzw. Bedrohungspotenzial, das von diesen Parteien ausgehen könnte, abzuschätzen, werde ich mich auf drei Aspekte konzentrieren, die für ihre Wirksamkeit bedeutend sein dürften:

- die Bündelung der vorhandenen Kräfte, um durch Einheit Stärke zu erzeugen
- die ideologisch-strategische Ausrichtung der nationalen Parteien im europäischen Kontext sowie
- die Aussichten der Rechtsaußenparteien, durch Kooperation mit etablierten Parteien eigene Ziele durchzusetzen.

Zunächst soll untersucht werden, ob die Rechtsaußenparteien in Wahlkämpfen einheitlich auftreten, ob sie im Parlament eine gemeinsame Fraktion bilden oder sich auf mehrere Fraktionen verteilen und damit ihr politisches Gewicht parzellieren⁹. Die Wirksamkeit hauptsächlich der rechtsextremen Parteien ist im europäischen Kontext an beträchtliche Voraussetzungen gebunden, die nun kurz dargestellt werden sollen.

Im Nachkriegseuropa ist einzelstaatliche Politik zunehmend in internationale Entwicklungen eingebettet und für Nationalstaaten werden folgenreiche Entscheidungen vermehrt in internationalen Gremien gefällt. Mit voranschreitender Institutionalisierung der europäischen Beziehungen, insbesondere mit der Direktwahl des Europäischen Parlaments, standen die rechtsextremen Parteien in den Mitglieds-

9 In diesem Zusammenhang wäre es wünschenswert, auch die Zusammenarbeit im parlamentarischen Alltag (gemeinsame Initiativen, gemeinsames Abstimmungsverhalten etc.) zu untersuchen. Dies kann hier nicht geleistet werden und muss daher weiteren Studien vorbehalten bleiben.

staaten folglich vor dem Problem, ihre Anliegen gemeinsam auf der europäischen Ebene zu vertreten. Wollten sie mehr sein als die Summe nationaler Sammelbecken für Protest gegen sozialen Wandel, gegen technologische Modernisierung, gegen Migration und Multikulturalität, wollten sie ihre eigenartigen politischen Ziele auch europaweit realisieren, dann mussten sie auch global denken und handeln, dann mussten sie auch in der internationalen Politik als kollektive Repräsentanten ihrer speziellen Belange, eben als handlungsfähiger Akteur auftreten.

Dafür bestanden eigentlich gute Voraussetzungen: Alle extrem rechten Parteien folgten im Großen und Ganzen einer gemeinsamen Ideologie, ihre Programme unterschieden sich nicht gravierend voneinander und ihre gesellschaftlichen Existenz- und Erfolgsbedingungen glichen sich seit den 1980er-Jahren infolge der wirtschaftlichen und politischen Globalisierung einander an. Daneben ließen sich einige praktische Gründe anführen, die für internationale Kooperation sprechen. Beispielsweise wurden durch die Bildung einer gemeinsamen Fraktion im Europaparlament (und gegebenenfalls durch die Gründung einer Europapartei) die Ressourcenausstattung, die Medienaufmerksamkeit und die Interventionsmöglichkeiten der Rechtsaußenparteien in Europa und in den Heimatländern erheblich verbessert.

Dem standen aber auch einige ideologische Hindernisse entgegen: Da im Zentrum der rechtsextremen Ideologie Nationalismus und Ethnozentrismus stehen, da das Wohlergehen von Nation und Volk zur obersten Richtschnur allen Handelns erklärt wird und da andere Nationen und Völker abgewertet, die territoriale Integrität anderer Staaten sogar bezweifelt wird, war die Zusammenarbeit von extrem rechten Gruppierungen aus verschiedenen Mitgliedsstaaten, insbesondere ein gemeinschaftliches Auftreten in internationalen Gremien, enorm erschwert. Gleichwohl wurde eine derartige Kooperation von nationalen Parteien angestrebt und teilweise auch praktiziert. Davon künden Berichte und Analysen über die „Internationale des Hakenkreuzes“ (Smoydzin 1966), die „Euro-Rechte“ (Osterhoff 1997) oder die „Internationale des Rechtspopulismus“ (Gürgen u.a. 2019). Vielfach wurde sie im rechten Lager sogar schmerzlich vermisst. „Tatsache ist“, so beklagte sich Franz Schönhuber¹⁰, „dass es die Europäische Rechte nicht gibt“¹¹. In seinem Lagebericht über die „Euro-Rechte“ vom Frühjahr 2000 resümierte er:

„Das Einzige, was viele rechte europäische Parteien gemeinsam haben, ist das, was sie trennt. Im Gegensatz zu linken Parteien, die historische Belastungen über neue und gemeinsame Gesellschaftsordnungen überwinden wollen, sich dem Internationalismus verschrieben haben, steht für rechte Parteien der Erhalt der völkischen Substanz und die Unverletzbarkeit des nationalen Territoriums im Vordergrund. Im Zuge der immer stärker fortschreitenden

10 Schönhuber war von 1985 bis 1994 Bundesvorsitzender der deutschen Partei Die Republikaner (REP) und von 1989 bis 1994 Mitglied des Europaparlaments.

11 Nation und Europa, 50. Jg. (2000), H. 6, S. 56.

Globalisierung ist diese Position nur schwer zu halten. Fiele sie aber ganz, würde unser Leben ärmer sein, die Vielfalt der Einfachheit weichen müssen.

Andererseits aber sollten die Führer rechter Parteien erkennen, dass unter dem Motto ‚Jeder gegen Jeden‘ eine gedeihliche Zusammenarbeit nicht möglich ist und sie gegen den Block sogenannter progressiver, konservativer und liberaler Kräfte auf europäischer Ebene keine Chance haben. Resultat: ein Schattendasein! Mitwirkungen an politischen Entscheidungsfindungen, beispielsweise im Europaparlament, sind nicht möglich. Diese Situation ist umso grotesker, als die Programme der feindlichen Brüder oft nahezu identisch sind.“ (Schönhuber 2000: 133)

Ich habe Schönhuber hier ausführlich zu Wort kommen lassen, weil er auf zwei Probleme aufmerksam macht, die Gegenstand der hier beabsichtigten Analyse sein müssen: Dabei handelt es sich zunächst um das Trennende zwischen den „feindlichen Brüdern“, deren Programme „oft nahezu identisch sind“; es geht also um Konsens und Dissens innerhalb des Lagers, das im Interesse seiner Wirksamkeit auf einheitliches Auftreten angewiesen ist. Weiterhin ist das Dilemma des Rechtsextremismus unter den Bedingungen der Globalisierung angesprochen: Die einzelnen Parteien können egoistisch und dogmatisch auf dem Primat von (ihrem) Volk und (ihrer) Nation beharren oder als Teile eines kollektiven europäischen Akteurs gemeinsam tätig werden, um sich zu einer ernsthaften Konkurrenz (oder auch Bedrohung) für das politische Establishment in Europa zu entwickeln.

Damit ergeben sich weitere Untersuchungsfragen: Welche der beiden Optionen (dogmatischer Nationalismus oder Europäisierung) wurden von welchem Parteityp gewählt? Welche waren bei Wahlen erfolgreich? Wurde die Notwendigkeit gemeinsamer internationaler Kooperation überhaupt gesehen, und wenn ja: von welchem Parteityp? Wo und inwieweit hat eine Weiterentwicklung der Ideologie stattgefunden? Wie wurde sie begründet?

Die Einflussmöglichkeiten der Rechtsaußenparteien hängen noch von einer weiteren Bedingung ab, die unter dem Stichwort „cordon sanitaire“ diskutiert wird und gegebenenfalls quer zur „l’union fait la force“-These liegt: Existiert auf europäischer Ebene eine stabile Brandmauer gegen Rechtsaußenparteien oder haben diese die Möglichkeit, auf Entscheidungsprozesse in ihrem Sinne Einfluss zu nehmen oder sogar mit Unterstützung von Parteien des demokratischen Zentrums eigene Vorstellungen durchzusetzen? Dabei könnte ein Zusammenhang zwischen der nationalen und der europäischen Ebene bestehen: Den einzelnen Parteien am rechten Rand stehen neben dem Europaparlament weitere Möglichkeiten zur Verfügung, ihren politischen Einfluss auf der europäischen Ebene geltend zu machen, insoweit sie an nationalen Regierungen direkt oder indirekt beteiligt sind, nämlich im Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs und in der Europäischen Kommission. Selbst wenn im politischen Establishment Europas ein Konsens bezüglich einer Brandmauer gegen rechts bestehen sollte, wäre man im Rat und in der Kommission gehalten, mit stark rechtslastigen Regierungen bzw. Kommissaren zu kooperieren.

Auch dieser Aspekt kann hier nur am Rande durch die Beantwortung folgender Fragen behandelt werden: Gab es im Europaparlament eine Zusammenarbeit von Parteien des demokratischen Zentrums mit Rechtsaußenparteien? Wie viele im Europaparlament vertretene Rechtsaußenparteien haben an nationalen Regierungen mitgewirkt oder Minderheitsregierungen toleriert? Besteht ein Zusammenhang zwischen der Erosion des „cordon sanitaire“ in einzelnen Mitgliedsstaaten mit einem (möglichen) Bedeutungsverlust der Brandmauer in den europäischen Institutionen, insbesondere im Europaparlament?

Hinsichtlich der Erfolgsbedingungen der Rechtsaußenparteien lassen sich für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zwei grobe Entwicklungsabschnitte unterscheiden: In der ersten Phase bis weit in die 1970er-Jahre hinein waren die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen eher ungünstig. Und am rechten politischen Rand dominierte ein Rechtsextremismus, der mit wenigen Ausnahmen noch dogmatisch auf den Faschismus der Zwischenkriegszeit fixiert war und daher an den gesellschaftlich-politischen Realitäten scheiterte. In der zweiten Phase seit den 1980er-Jahren verbesserten sich die externen Erfolgsbedingungen zunehmend und innerhalb der extremen Rechten begann man zögerlich, sich auf den gesellschaftlich-politischen Wandel durch Lern- bzw. Anpassungsprozesse einzustellen, was sich dann auch bei Wahlen auszahlte. Daneben blühten vermehrt rechtskonservative Parteien auf, die unzufriedene Wählergruppen ansprachen, die sich aus Enttäuschung von den demokratischen Parteien abgewandt haben, den fundamentaloppositionellen Rechtsextremismus aber nicht unterstützen wollten. Die hauptsächlichen Analysen dieser Studie erstrecken sich auf die Wahlergebnisse im zweiten Entwicklungsabschnitt.

Zuvor werden im zweiten Kapitel die maßgeblichen Begriffe der Untersuchung entwickelt (Rechtskonservatismus, Völkischer Nationalismus) und die drei Parteytypen (rechtskonservative, gemäßigt rechtsextreme und orthodox rechtsextreme Parteien) definiert. Abschließend begründe ich, warum sich mir der analytische Nutzen des Populismuskonzepts nicht erschließt. Das dritte Kapitel behandelt in der gebotenen Kürze die wenig erfolgreichen Bemühungen um einen internationalen Rechtsextremismus in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten. Danach beginnen die Untersuchungen zum zweiten Entwicklungsabschnitt. Der gesellschaftlich-politische Wandel und die ideologisch-programmatischen Bemühungen der Rechtsaußenparteien, sich den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen, sind Gegenstand des vierten Kapitels. Die eher deskriptiven Einzelanalysen der zehn Europawahlen im sechsten Kapitel und die systematischen Querschnittsanalysen im siebenten Kapitel werden durch einen Exkurs über den italienischen Rechtsextremismus im fünften Kapitel eingeleitet. Dieser nahm von Anfang an eine Schlüsselstellung im europäischen Rechtsextremismus ein und übte oft auch eine Referenzfunktion für Entwicklungen in den Ländern Europas aus. Im abschließenden achten Kapitel werden die Untersuchungsergebnisse zusammengefasst und diskutiert.

Abschließend noch einige allgemeine Hinweise:

Alle das Europaparlament unmittelbar betreffenden Informationen über Parteien, Wahlergebnisse und Fraktionen beruhen – wenn nicht anders angegeben – auf dem Internetangebot des Parlaments. Als besonders hilfreich hat sich der von Alice Chiesa u.a. (2024) verfasste Wahlbericht erwiesen. Die Wahlergebnisse in den Mitgliedsstaaten beruhen weitestmöglich auf den amtlichen Angaben, wurden aber auch der Internetseite „Parties and Elections in Europe“¹² und dem damit verbundenen Handbuch von Wolfram Nordsieck (2020), teilweise auch „Europe Elects“¹³ entnommen. Die Informationen über die einzelnen Parteien beruhen auf langjährigen eigenen Vorarbeiten¹⁴ und den Veröffentlichungen anderer Autoren¹⁵. Viele Angaben wurden auch durch Internetrecherchen ermittelt bzw. verifiziert. Als besonders hilfreich haben sich die Mediennetzwerke „Euractiv“¹⁶ und „Politico“¹⁷, das Nachrichtenportal „Euronews“¹⁸ und die Webseite „Der (europäische) Föderalist“ von Manuel Müller¹⁹ erwiesen²⁰. Insgesamt erfolgt diesbezüglich ein spärlicher Umgang mit Quellenangaben, um die Lesbarkeit des Texts zu befördern und um den Anmerkungsapparat zu entlasten.

Die Namen der Parteien werden in deutscher Übersetzung angegeben²¹, die Abkürzungen entsprechen dagegen dem Original. Das niederländische „Forum voor Democratie“ erscheint hier als „Forum für Demokratie“, wird aber mit „FvD“ abgekürzt. Der belgische „Vlaams Blok“ wird als „Flämischer Block“ geführt, aber mit „VB“ abgekürzt. Wird eine Partei mit ihrem vollen Namen genannt, dann findet der entsprechende Artikel Anwendung: „der“ Flämische Block (VB), „das“ niederländische Forum für Demokratie (FvD). Wird eine Partei nur mit ihrer Abkürzung genannt, dann findet der feminine Artikel „die“ [für die Partei] Anwendung (mit entsprechender Deklination: die, der, der, die), also „die“ VB, „die“ FvD. Bei Aufzählungen von Abkürzungen entfallen die Artikel gänzlich: VB und FvD sind rechts-extreme Parteien.

Die Analysen enden mit dem Beginn der Sommerpause des Europäischen Parlaments Ende Juli 2024, das Manuskript wurde Mitte September 2024 abgeschlossen.

12 <http://www.parties-and-elections.eu/>

13 <https://europeelects.eu/>

14 Stöss 1993, 2001, 2003, 2006, 2010, 2013. Dabei waren textliche Bezugnahmen kaum zu vermeiden. „Autozitate“ werden nicht ausgewiesen.

15 Insbesondere Decker u.a. 2022; Eismann 2002; Hainsworth 1992a, 2000a; Halikiopoulou/Vlandas 2022; Hillebrand 2017; Hoffmann/Meinardus 2023; Ignazi 2003; Jesse/Thieme 2011; Langebach/Speit 2013; Langenbacher/Schellenberg 2011; Wolf 2019. Für Osteuropa auch: Mayer/Odehnal 2010, Minkenberg 2017 und Mudde 2005.

16 <https://www.euractiv.de/>

17 <https://www.politico.eu/>

18 <https://de.euronews.com/>

19 <https://www.foederalist.eu/>

20 Im Netz finden sich mehrere Parteienverzeichnisse. Besonders informativ ist das umfangreiche und gut dokumentierte Angebot des mit breiter internationaler Expertise ausgestatteten „Populist Team“ um Matthijs Rooduijn (alle Informationen unter <https://populist.org/>). Für die Anwendung meiner Parteientypologie ist es allerdings kaum hilfreich, da die extrem rechten Parteien (far right parties) allenfalls nach den Merkmalen Populismus und Euroskepsis weiter aufgeschlüsselt werden können.

21 Um Einheitlichkeit herzustellen, wurden auch englische Textstellen ins Deutsche übertragen.

2. Begriffsbestimmungen²²

Gegenstand der Untersuchung sind politische Parteien. Die Untersuchung erstreckt sich auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und auf Europa. Es handelt sich mithin um Parteien, die sich am politischen Wettbewerb um die Macht beteiligen. Ich klassifiziere Parteien nach politisch-programmatischen bzw. weltanschaulichen Merkmalen entlang der Links-Rechts-Achse. Dabei handelt es sich um eine Methode der Typologisierung, die seit der wissenschaftlichen Beschäftigung mit politischen Parteien in regem Gebrauch ist (Stöss 2013: 564). Ich unterscheide zunächst ganz allgemein zwischen dem demokratischen Zentrum, dem linken Rand und dem rechten Rand. Letzterer besteht aus den rechtskonservativen und den rechtsextremen Parteien. Während meiner langjährigen Beschäftigung mit dem zeitgenössischen Rechtsextremismus hat es sich analytisch als ergiebig erwiesen, zusätzlich auch noch zwischen einem gemäßigten und einem orthodoxen Rechtsextremismus zu unterscheiden²³.

2.1 Rechtskonservatismus als Brücke zwischen dem demokratischen Zentrum und dem Rechtsextremismus

Der rechte politische Rand wird oft auf den Rechtsextremismus reduziert, was meines Erachtens empirisch unbefriedigend ist. Denn sozialwissenschaftliche Beobachtungsobjekte (z. B. Parteien) sind nicht immer eindeutig entweder als demokratisch oder als rechtsextrem zu klassifizieren. Ein Klassifikationsschema muss auch Raum für Objekte bieten, die sich vom demokratischen Zentrum verabschiedet haben, aber noch nicht vollständig im Rechtsextremismus angekommen sind. Notwendig ist mithin eine für Mischformen zur Verfügung stehende dritte Kategorie.

Auf der Links-Rechts-Achse ist diese dritte Kategorie zwischen dem, dem demokratischen Zentrum zuzuordnenden, Konservatismus und dem Rechtsextremismus angesiedelt. In diesem Zusammenhang ist die Unterscheidung zwischen einem liberalen Konservatismus und einem illiberalen (Rödter 2019: 36) oder radikalisierten (Strobl 2021) Konservatismus hilfreich. Biebricher unterscheidet zwischen einem gemäßigten Konservatismus und einem autoritären, radikal-militanten Konservatismus. Während letzterer kulturpessimistisch ausgerichtet sei, den Status quo gänzlich ablehne und sich revolutionär für eine neue Ordnung ausspreche, verteidige der gemäßigte Konservatismus im Interesse der Stabilität einer gesellschaftlichen Ordnung unvermeidbaren und gut begründeten gesellschaftlichen Wandel (Biebricher 2023: 14 ff.). Konservatismus ist also immer auch eine Reaktion auf gesellschaftlich-politische Entwicklungen, mit denen er sich auseinandersetzen muss,

22 Ich stütze mich hier auf meine Ausführungen in früheren Publikationen. Dazu kritisch Wolf 2019: 32 ff. Für die vorliegende Publikation wurden Ergänzungen, Korrekturen und Präzisierungen vorgenommen.

23 Früher hatte ich noch zwischen einem gemäßigten, einem systemkritischen und einem systemfeindlichen Rechtsextremismus unterschieden.